

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom

14. März 2022

– Drucksache 17/2108

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;

hier: Makrofinanzhilfe für die Ukraine

COM(2022) 37 final (BR 80/22)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 14. März 2022 – Drucksache 17/2108 – Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Die Berichterstatterin:

Die stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Schweizer

Andrea Bogner-Unden

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 17/2108, in seiner 9. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 23. März 2022.

Abg. Michael Joukov GRÜNE führte aus, wie aus der Vorlage hervorgehe, habe sich die Ukraine seit 2014 eine starke Partnerschaft mit der Europäischen Union aufgebaut, die über die rein bilaterale Zusammenarbeit hinausgehe und sich in Richtung einer allmählichen politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration entwickle. Für diese Zuwendung hin zur Europäischen Union zahle das Land gerade einen enormen Preis. Auch wenn die Streitkräfte der Russischen Föderation ganz offensichtlich nicht so schnell vorankämen, wie es sich deren Führung gewünscht hätte, und die Armee und die ganze Bevölkerung der Ukraine erbitterten und teils erfolgreichen Widerstand leisteten, bleibe die Feststellung, dass die Ukraine um ihr Überleben als Staat kämpfe. Sie kämpfe um ihr Überleben, weil sie sich für die Integration in die Europäische Union, für Freiheit und Demokratie entschieden habe. Es sei ein fundamentales Gebot der Solidarität, der Humanität, aber auch ein Bekenntnis zu den europäischen Werten, der Ukraine beizustehen.

Ausgegeben: 5.4.2022

1

Die Vorlage, die heute beraten werde, sei aber auch in einer anderen Weise bemerkenswert. Ihr zufolge sei bereits Anfang Januar offensichtlich geworden, dass die Ukraine nicht mehr in der Lage gewesen sei, sich über die Kapitalmärkte zu finanzieren, was an „zunehmenden geopolitischen Spannungen“ gelegen habe, wie es in der Vorlage seines Erachtens diplomatisch zurückhaltend genannt werde. Bereits Mitte Januar sei also klar gewesen, dass ein Überfall auf die Ukraine drohe, und es sei auch klar gewesen, von wem dieser ausgehen werde. Deshalb sei der jetzige Krieg keinesfalls so überraschend gekommen, wie häufig getan werde. In der Hoffnung, dass dieser Kelch an der Ukraine vorbeigehen werde, und auch um den Krieg nicht heraufzubeschwören, habe sich die EU-Kommission in ihrer Vorlage auf die rein finanziellen Folgen beschränkt und in ihrem Beschlussvorschlag 1,2 Milliarden € als Makrofinanzhilfe für die Ukraine beantragt. Dagegen sei nichts einzuwenden. Subsidiarität sowie Verhältnismäßigkeit seien gewahrt, und die Wahl des Instruments sei angemessen.

Doch sei durch den Krieg, den die russischen Streitkräfte derzeit gegen die Ukraine führten, die Frage der Staatsanleihen etwas in den Hintergrund gerückt, auch wenn sie nach wie vor gelöst werden müsse. Die Ukraine brauche ganz andere Geldbeträge und Hilfen ganz anderer Art. Auch sonst habe sich die Welt in den zwei Monaten seit der Erstellung des Dokuments durch die EU-Kommission sehr verändert.

Etliche Länder des sogenannten globalen Südens seien auf Lieferungen von Nahrungsmitteln, vor allem Getreide, aus der Ukraine angewiesen. Auch die Lieferketten beim Kunstdünger, bei Saatgut und bei landwirtschaftlichen Maschinen seien nun gestört. Die erste Reaktion sei, Flächen in Deutschland und in Europa aus der Stilllegung herauszunehmen. Das sei ein kurzfristiger Beitrag. Die EU komme aber nicht darum herum, einen Teil des Getreides und des Maises, die bestimmt seien, an Tiere verfüttert zu werden, als Nahrungsmittel zu verwenden. Dabei gehe es keinesfalls um eine Grundsatzdebatte zum Fleischkonsum. Aber die Lieferung von weniger Fleisch ins Nicht-EU-Ausland und somit eine Reduktion der Mengen an Getreide und Soja, die in hiesigen Ställen verfüttert würden, würde sehr helfen. Bisher exportiere die EU Fleisch in sehr großem Stil. Wenn nichts getan werde und zugelassen werde, dass in etlichen afrikanischen Staaten Hunger oder zumindest Mangelernährung herrschten, dann litten die Menschen dort – das sei das Tragischste –, es litte aber auch das Image der EU als Werteunion.

Mittelfristig müsse ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die sogenannten Entwicklungsländer mehr Ernährungssouveränität erhielten. Das mache sie krisenfest. Die Haltung, wonach Europa die Welt ernähre, während gleichzeitig Tierfutter in großem Stil importiert werde, schade der Ökologisierung der Landwirtschaft, was insbesondere auch mit der hohen Nitratbelastung des Grundwassers zusammenhänge. Vor allem mache aber diese Haltung die Versorgungslage in etlichen afrikanischen Staaten fragil. Daher sei diese Entwicklung so fatal. Gerade die kleinbäuerliche Landwirtschaft habe in Baden-Württemberg eine lange Tradition, und diese Tradition gelte es zu exportieren und die Bedingungen dafür so zu gestalten, dass die Tradition auch gedeihen könne.

Es gelte auch, keine Abstriche an der Ökologie hierzulande zuzulassen. Die Verschiebung von Stilllegungen um ein oder zwei Jahre sei erträglich und unproblematisch. Es dürfe aber kein allgemeines Rollback geben. Erneuerbare Energien, insbesondere Agro-PV, müssten eine größere Rolle spielen. Auch das mache die EU unabhängiger von russischer Energie und helfe, Putins Kriegsmaschinerie zu schwächen. Acker und Solarzelle dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie den meisten bekannt sei, sei er in Russland aufgewachsen. Seine Mutter stamme aus der Ukraine. Umso wichtiger sei ihm die Feststellung, dass die große Mehrheit der russischstämmigen Menschen in Deutschland diesen Krieg bedingungslos verurteile. Das könne nicht häufig genug wiederholt werden. Diese große Mehrheit müsse vor Anfeindungen geschützt werden. Diejenigen, die die Welt bisher aus der Brille russischer Propaganda gesehen hätten, müssten bestmöglich abgeholt und die Propagandakanäle ausgetrocknet werden.

Des Weiteren sei die Rechtslage eindeutig, wonach die Soldaten der Armee der Russischen Föderation, die sich entschieden, nicht am Krieg teilzunehmen, und desertierten, hierzulande als Geflüchtete anerkannt würden, was aber den Betroffenen kaum bekannt sei. Daher wiederholte er es auch auf Russisch.

Abg. Emil Sänze AfD brachte vor, er halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass die Ukraine unterstützt werden müsse. Die Frage sei, ob die in Rede stehende Makrofinanzhilfe für die Ukraine geeignet sei. Da sei er anderer Meinung als sein Vorredner. Denn die Makrofinanzhilfe entwickle durch die Hintertür Eurobonds. Die Finanzhilfe werde als Darlehen mit Rückzahlungscharakter an die Ukraine gegeben. Seines Erachtens sei das nicht die Aufgabe der EU, sondern die der Staaten der Europäischen Union, die vielleicht auch ein Wiederaufbauprogramm für die Ukraine starten könnten.

Abg. Nicolas Fink SPD legte dar, vielleicht sollte generell einmal darüber nachgedacht werden, wie es sein könne, dass sich der Ausschuss für Europa und Internationales zu fortgeschrittener Stunde unter Tagesordnungspunkt 13 zum ersten Mal mit dem Thema „Europa und Ukraine“ befasse. Seines Erachtens sollten sich der Ausschussvorsitzende und die Arbeitskreissprecher Gedanken darüber machen, wie der Ausschuss für Europa und Internationales hier seiner Verantwortung gerecht werden könne. Die Situation in der Ukraine sei bereits im Rahmen einer Plenarsitzung behandelt worden. Sie sollte aber auch im Ausschuss Thema sein. Das sollte aber strukturiert anhand einer Tagesordnung und anhand von konkreten Punkten geschehen.

Der Ausschuss habe in den nächsten Jahren viel zu tun, um gemeinsam zu zeigen, dass die Hilfe der Ukraine ernst gemeint sei. Es müsse geschaut werden, wie die strategische Ausrichtung der Europäischen Union und der NATO laute. Im Übrigen komme die defensive Ausrichtung auch bei dem jetzt zu behandelnden Tagesordnungspunkt zum Tragen.

Er appellierte an alle, dieses Thema stärker in den Blick zu nehmen und noch mehr in der Tagesordnung zu berücksichtigen.

Stellv. Vorsitzende Andrea Bogner-Unden teilte mit, es sei versucht worden, den ukrainischen Generalkonsul in den Ausschuss einzuladen. Sie hoffe, dass dies für eine der nächsten Sitzungen gelinge. Dann werde das sicher auch als erster Tagesordnungspunkt und nicht mehr unter Tagesordnungspunkt 13 behandelt werden.

Abg. Josef Frey GRÜNE regte an, dieses Thema mit jemandem, der aus erster Hand berichten könne, in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln.

Er fuhr fort, er vertrete das Land im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat, wo der Ausschluss Russlands aus dem Europarat angekündigt worden sei. Russland sei zweimal vorgewarnt worden und habe am Tag, bevor der Ministerrat den Ausschluss beschlossen hätte, durch Außenminister Lawrow seinen Austritt erklärt. Es sei bedauerlich, dass der Kontakt völlig abgerissen sei. Doch müssten die Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte noch sechs Monate nach Austritt umgesetzt werden. Russland habe sich allerdings schon in der Vergangenheit wenig um die Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs gekümmert. Doch bleibe der Menschenrechtsgerichtshof übergangsweise weiterhin für Klagen gegen Russland zuständig. Diejenigen, die im Rahmen der Menschenrechte usw. verletzt würden, könnten also beim Menschenrechtsgerichtshof gegen Russland Klage einreichen.

Im Übrigen sei eine Rückkehr Russlands in den Europarat möglich. So sei zu hoffen, dass nach Beendigung des Kriegs Russland wieder zurückkehren könne und auch die ukrainischen Vertreter im Europarat an den Sitzungen wieder als eigenständige Mitglieder des Europarats teilnehmen könnten.

Stellv. Vorsitzende Andrea Bogner-Unden bemerkte, in der heutigen Debatte im Plenum sei bereits das Thema Lebensmittelversorgung angesprochen worden. Ihres Erachtens sollten die regenerative Energiegewinnung und die landwirtschaftliche Produktion jetzt nicht gegeneinander ausgespielt werden. In der Lebensmittelversorgung gebe es ihrer Meinung nach keinen Mangel, sondern eher ein weltweites Verteilungsproblem. Dass es hier genug Lebensmittel gebe, sei zum einen an dem immensen Ausmaß an Lebensmittelverschwendung und zum anderen an der großen Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die an Nutztiere verfüttert würden, zu sehen. Es gebe also daher eher noch einen Überfluss.

Doch müsse das Land schnellstmöglich unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus Russland werden. Dazu könnten Fotovoltaik, vor allem Agri-Fotovoltaik, und Windkraftausbau beitragen. Denn wenn es nicht gelinge, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, würden Trockenheit und Umweltkatastrophen immer mehr und größere Hungersnöte und Fluchtbewegungen nach sich ziehen. Die jetzige Energieabhängigkeit von Russland finanziere in ihren Augen tatsächlich den Krieg gegen die Ukraine. Deshalb müssten regenerative Energiegewinnung und nachhaltige Landwirtschaft zusammen gedacht werden.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/2108 Kenntnis zu nehmen.

5.4.2022

Schweizer